ROTE GARDE

tribüne der revolutionären jugend

Eigentümer:
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)
Herausgeber und Verleger:
Jocha Alfred, alle: Wien 1200, Dresnerstraße 48 Stiege 4 Tür 7.
Für Druck und Inhalt verantwortlich:
Treitl Herbert: Wien 1020, Czerningasse 15/2.
P.b.b.
Verlagspostamt: 1200 Wien
Erscheinungsort Wien
Einzelpreis: S 3,--
Jahresabo: S 24,-
Zuschriften an:
1205 Wien, Postfach 3
JUNI 1969, Nummer 2



Wie sich die Bilder gleichen

Die Herrschenden wissen ganz genau, daß sie eine winzige Minderheit bilden, die sich mittels Manipulation, Betrug und Gewalt an der Macht hält. Dieses Wissen lasst sie bei jeder kleinsten oppositionellen Regung, bei jedem kleinsten Widerstand, mag Ziel und Durchführung noch so verfehlt sein, zu faschistischen Methoden greifen. Der Faschismus wird nicht am Tag seiner Machtübernahme gleichsam aus dem Nichts geschaffen, sondern führt konsequent alle reaktionären Tendenzen und Elemente der vorangegangenen "demokratischen" Periode zu Ende. Wir befinden uns inmitten eines solchen Prozesses der Anreicherung faschistischer Herrschaftsmethoden. Der Entwurf des neuen "Polizeibefugnisgesetzes" legt davon beredt Zeugnis ab.

Die"Presse"spricht's unverhullt aus: Das geplante Gesetz soll "bisherigen Gewohnheitsübungen auch gesetzliche Deckung verschaffen". Verfassungswidrige Praktiken werden nicht abgeschafft, sondern zum Gesetz erhoben. Wir leben ja in einem Rechtsstaat ....
Wiederum wird exemplarisch demonstriert, welch papierenen Charakter die Bundesverfassung besitzt, da Artikel 18 Abs.1 dieser ausdrücklich normiert, daß "die gesamte staatliche Verwaltung nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden darf".
Der freiheitlichen Theorie steht die vogelfreie Praxis gegenüber!
Damit nicht genug: "Auch dem Bürger, der etwa einem Gendarmen zu Hilfe kommt, der mit einem randalierenden Betrunkenen nicht fertig wird, soll durch das neue Gesetz Schutz verliehen werden! Die klassischen Typen aus dem Märchenbuch für erwachsene Kinder sollen den harten politischen Kern verdecken. Eine derartige Bestimmung gibt der Polizei die Möglichkeit, faschistischem Gesindel (siehe Anti-Schah-Aktionen) amtliche Befugnisse zu übertragen - der weisse Terror erhält Amtsgewalt! Es verwundert keineswegs, daß an der Konzeption des Gesetzentwurfes "vor allem die Praktiker der Polizei mitgearbeitet haben".
Selbst Hitler gliederte die braunen Banditen der SA und SS erst nach seiner Machtergreifung zur "Unterstützung der Polizei" in den Staatsapparat ein. Die reformistische und revisionistische "Opposition" antwortet auf die faschistischen Bestrebungen mit der verstärkten Propagierung historisch längst widerlegter Illusionen. Wollen wir nicht zur bequemen Beute werden, dann
"WEG MIT DEN ILLUSIONEN, ZUM KAMPFE BEREIT SEIN"

MAO TSETUNG

++++++++++++++++++++

Jede dem Volk gelieferte Schlacht wird die Zahl der empörten und kampfbereiten Arbeiter erhöhen, wird erfahrenere, besser bewaffnete, kühner handelnde Führer hervortreten lassen.

W.I.Lenin

ROTE GARDE



tribüne der revolutionären jugend



WOHIN PRINZIPIENLOSIGKEIT FÜHRT

Erfahrungen verdienen Beachtung, besonders negative. Das grösste unter der Jugend grassiernde Übel ist die Prinzipienlosigkeit, nicht im Sinne eines persönlichen Charakterfehlers, sondern in der Losgelöstheit von jeder konsequent bedachten Theorie. Und die Praxis.... sie entspricht vollkommen diesem Zustand. Die misslungene Griechenlanddemonstration vom 1. Mai zeigte augenscheinlich, dass berechtigte Empörung zu wenig ist, um zu siegen, aber genug, um von der Bourgeoisie auf ihre Weise ausgebeutet zu werden. Ist denn ohne theoretische Blindheit zu übersehen, dass der VDS(Vereinigung Demokratischer Studenten) von übelsten Opportunismus beherrscht wird. Dass irgendwelche abstrakten klassenunabhängigen Freiheiten bewundert werden, dass hier die Nachwuchskaderl der Revisionisten herangebildet wird. Ist den ohne theoretische Blindheit zu übersehen, dass der VSSTÖ keine andere Funktion als die eines Transmissionsriemens hat, um ehrliche Linke in 'Linke' a la Hindels und Konsorten zu verwandeln. Unter dieser Führung war die Desorganisation kein Zufall. Ein zerfahrener und demoralisierter Haufen wurde der Polizei zur Ergänzung ihrer Listen präsentiert. Man geht kaum fehl in der Annahme, das die ganze Inszenierung nur den Zweck hatte, um von unserer Maikundgebung, die im Zeichen des Kampfes gegen den Polizeistaat, Polizeiuniversität, und Klassenjustiz stand, abzulenken. Die Niederlagen und Misserfolge sind eben nicht auf ein technisches Versagen, das auf Grund von Erfahrungen berichtigt werden kann, zurückzuführen, sondern nur folgerichtiges Ergebnis der antirevolutionären desorganisierenden Linie des sich selbst zum Vormund der rebellierenden Jugend ernannten Reformismus und Revisionismus. Allein die Hinwendung zum Marxismus-Leninismus vermag zu einer Emanzipation aus der gegenstanslosen Theorie ebenso wie aus der blinden Praxis zu führen.

+++

Natürlich wird die Theorie gegenstandslos, wenn sie nicht mit der revolutionären Praxis verknüpft wird, genauso wie die Praxis blind wird, wenn sie ihren Weg nicht durch die revolutionäre Theorie beleuchtet.

Stalin "Über die Grundlagen des Leninismus"

Die Wahlpleite

Der Wahlboykott von fast 25% der Wahlberechtigten, die katastrophale Niederlage der Höchststädtplatz-Revisionisten und die Erfolge der Rechtsextremen FPÖ und DFP signalisieren höchst bedeutsame Tendenzen des Klassenkampfes in Österreich.

Was drückt dieser Wahlboykott aus? Der Wähler erkennt den Stimmzettel als untaugliches Werkzeug zur Erreichung seiner Ziele. Viele haben spontan empfunden, daß die parlamentarischen Institutionen nur die demokratische Fassade sind, während das Großkapital mittels der mit ihm verbundenen hohen Bürokratie tatsächlich diktiert. Selbsttäuschung wäre es, in diesen 25% schon eine bewußte und organisierte revolutionäre Kraft zu erblicken. Im Bewußtsein der Massen kämpfen Gedanken verschiedenster Klassenherkunft miteinander, bürgerliche und kleinbürgerliche Vorurteile ringen mit proletarischen Erkenntnissen. Der Boykott der Schwindelwahlen stellt einen bemerkenswert positiven Schritt dar. Ihn konsequent bis zum revolutionären Kampf gegen die Herrscher des Großkapitals zu gehen, ist notwendig, andernfalls er wirkungslos verpufft.

In engem Zusammenhang damit steht der Verlust einer der letzten Positionen der Revisionisten. Dieser Prozess der unaufhaltsamen Zersetzung entspricht vollkommen der Logik des Klassenkampfes. Je mehr die KPÖ auf die schiefe Bahn des Revisionismus kam, desto schwerer wurden ihre Niederlagen. Je mehr sie ihre Tätigkeit auf die parlamentarische Ebene verlagerte, desto rascher verschwand sie von dieser. Österreich hat eben mit einer SP schon genug!

Der Erfolg offener Agenten des CIA und des westdeutschen Imperialismus war die Quittung der kleinen und mittleren Bourgeoisie für die rücksichtslose Politik von ÖVP und SPÖ zu Gunsten des Großkapitals. Diesen Gruppierungen gelang es mit Hilfe demagogischer Triks die Unzufriedenheit in faschistische Bestrebungen zu kanalisieren und damit dem Großkapital eine Sturmtruppe zu schaffen. Jede Hoffnung der vom Großkapital bedrohten kleinen Kaufleute, Handwerker und Bauern auf die Wiederherstellung des vormonopolistischen Kapitalismus ist eine reaktionäre Utopie und führt zu einer vollkommenen Unterjochung durch die Monopole, gleichgültig ob als "Volksgemeinschaft" oder "formierte Gesellschaft" getarnt. Entweder vorwärts zum Sozialismus unter der Führung der Arbeiterklasse, als den wirklichen Repräsentanten aller Ausgebeuteten und Unterdrückten oder Rückfall in die faschistische Barbarei - so steht die Frage!

+++++++++++++++++++

AN DIE LESER

AN DIE LESER

Die Erfolge der Reaktion gleichen Pyrrhussiegen, die kommende Niederlagen ankündigen, während Mißerfolge der Revolution Vorboten künftiger Siege sind. Allein der revolutionäre Optimismus, gegründet auf die Kenntnis der historischen Entwicklungsgesetze, darf nicht zum billigen Trost, zu einem passiven Vertrauen in die Zukunft verfälscht werden. Mehr noch! Je ausgezeichneter die objektive Situation für die revolutionäre Sache, desto höher die persönliche Verantwortung!

Die Anti-Schahdemonstrationen haben im Kampf der rebellierenden Jugend eine neue Etappe eingeleitet. Die Gesetze des Klassenstaates waren nicht länger unüberschreitbares Heiligtum, mutig wurde der Gewalt der Unterdrücker die Gegengewalt der Unterdrückten entgegengesetzt. Mangelnde Organisiertheit und Kampferfahrung, beides bedingt durch das Fehlen einer durchdachten politischen Linie, durch das Fehlen einer wissenschaftlichen Anleitung zum Handeln verhinderten den vollen Erfolg.

Rote Garde erblickt ihre Aufgabe darin, diesen Mangel zu beseitigen, da ohne Aneignung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus, ohne deren korrekte Umsetzung in die Praxis die Rebellion nicht der Beginn einer Revolution ist, sondern zum Wirbel,

(Siehe oben)

Skandal und letzten Endes objektiv zu einem Hilfsmittel der Reaktion herabsinkt. Um dieser überaus wichtigen Aufgabe gerecht zu werden, benötigt Rote Garde die Mitarbeit ihrer Leser!

+++++++++++++++++++

Verbreitet und propagiert die Rote Garde und ihre politische Linie!

AUS DER PRAXIS

Nach gründlichen Besprechungen und Diskussionen kam unsere Organisation zu dem Ergebnis, am 1. Mai in Form einer Kundgebung am Ring in Erscheinung zu treten. Wir gingen dabei von der Notwendigkeit aus, die Massen in möglichst grossem Umfang von der Existenz unserer marxistisch-leninstischen Organisation und mit den Ideen Mao Tsetungs bekannt zu machen.

Wo sind am 1. Mai die bewussten Werktätigen Wiens? Auf der Ringstrasse. Da uns bewusst war, dass unsere politische Kraft noch nicht dazu ausreicht, die Massen für uns zu mobilisieren, gingen wir eben zu den Massen.

In den frühen Morgenstunden errichteten wir gegenüber dem Burgtor unseren Agitationsstützpunkt. Als Dekoration brachten wir Tranparente an, mit folgenden Losungen:

* Für die Arbeitermacht in Österreich!
* Stärkt die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)!
* Es lebe der Marxismus-Leninismus, es leben die Ideen Mao Tsetungs!
* Nieder mit US-Imperialismus und russischen Sozialimperialismus!
* Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen!

Unter den Losungen befanden sich die Bilder von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung. An diesem Stützpunkt zogen zehntausende Werktätige vorbei. Der ganze KP-Zug und ein grosser Teil der SP-Demonstration.



Die Massen zogen aber nicht nur vorbei, sondern in unzähligen Diskussionen mit unseren Aktivisten kamen die Ansichten der Marxisten-Leninisten zur Sprache. Tausende verschiedener Materialien wurden verkauft oder verteilt. Trotz allem Gerede von der politischen "Uninteressiertheit" der Massen und der Wohlstandspsychose hat es sich gezeigt, dass viele, vor allem junge Menschen unseren Argumenten durchaus aufnahmebereit gegenüberstehen Wenn vor unserem Agitationsstützpunkt faktisch sechs Stunden lang ununterbrochen Trauben von Menschen (deren Zusammensetzung sich ständig änderte) gespräche führten, hitzig diskutierten, so beweist das vor allen das grosse Interesse am Marxismus-Leninismus unserer Zeit, an den weltumspannenden Ideen Mao Tsetungs.

Trotz aller möglichen Störversuche können wir mit Stolz sagen, dass diese erste grössere Kampfkundgebung unserer Organisation in der Öffentlichkeit ein voller Erfolg war. Sie hat uns gezeigt, dass auch bei uns viele Menschen die Brüchigkeit des kapitalistischen Systems erkennen. Für uns war sie lehrreich und Ansporn und Verpflichtung. Nun gilt es verstärkt weiterzuarbeiten.

***

Auf dem Weg zu einer politisch wirksamen Zeitung brauchen wir vielfache Unterstützung:

+ Redaktionelle Mitarbeiter an allen berufsbildenden Schulen, Mittelschulen und Hochschulen sowie im Bundesheer.
+ Informationen aus dem Lager des Klassenfeinds.
+ Revolutionäre Vorschläge und ausführliche sachliche Kritik.
+ Viele Vertriebspartisanen und technische Mitarbeiter.

Nieder mit den neuen Zaren!

Am 14. März nahm in der "Volksstimme" der Sekretär des ZK der "K"PÖ Erwin Scharf zu "den Ereignissen an der sowjetisch-chinesischen Grenze" Stellung. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, "dass der Sozialismus die beste und sicherste Gewähr der Freundschaft und des Friedens zwischen den Völkern ist, dass der Sozialismus neuartige Beziehungen zwischen Staaten und Völkern begründet", und erklärte: "Zwischenfälle wie die an der sowjetisch-chinesischen Grenze entspringen nicht dem Sozialismus, sondern einer Verzerrung seiner Prinzipien." Selbstverständlich meint Herr Scharf, dass es die Volksrepublik China wäre, die "die Prinzipien des Sozialismus verzerrt" hätte.

Wir sind bis zu einem gewissen Grad mit Herrn Scharf einverstanden, nämlich insoweit er kriegerische Auseinandersetzungen als unvereinbar mit den Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten bezeichnet. Wir meinen jedoch, dass es sich in einem solchen Fall nicht einfach um eine "Verzerrung" sozialistischer Prinzipien handelt, sondern ganz einfach darum, dass einer der beiden Staaten aufgehört hat, sozialistisch zu sein.

Welcher Staat ict dies nun? Die UdSSR oder die Volksrepublik China? Wir wissen sehr wohl, dass die russischen Revisionisten mit ihrem Überfall auf die chinesische Insel Dschenbao (die sie "Damjanski" nennen) den "Grenzkonflikt" provoziert haben. Wir wünschen aber sehr, dass unsere Leser sich auf Grund der Tatsachen selbst ein Urteil bilden. Was sind nun die Tatsachen? Wie schauen sie auf Grund der russischen Darstellung selbst aus?

Nehmen wir zunächst die Zugehörigkeit der Insel Dschenbao. In der Erklärung der russischen Regierung vom 29. März wird behauptet, dass nach einer auf Grund des Vertrags von Peking (1860) im Jahre 1861 von chinesischer und russischer Seite unterzeichneten Landkarte die Grenzlinie in der Gegend dieser Insel "direkt am chinesichen Ufer des Flusses Ussuri verläuft". Der Kreml hat es jedoch unterlassen, diese Landkarte zu reproduzieren. Die Volksrepublik China hat jedoch in ihrer Erklärung vom 10. März 1969 festgestellt: "Die Insel Dschenbao und die nahegelegenen Inseln Tjiabodsi und Tjilitjin liegen alle auf der chinesischen Seite von der Mittellinie der Hauptschiffahrtsrinne des Ussuri und unterstehen seit jeher dem Zuständigkeitsbereich Chinas. Chinesische Grenzwachen haben immer auf diesen Inseln Streifendienst gemacht, und chinesische Einwohner haben immer auf diesen Inseln gearbeitet. Bei den chinesisch-sowjetischen Grenzverhandlungen im Jahre 1964 blieb selbst der sowjetischen Seite nichts anderes übrig als zuzugeben, dass diese Inseln chinesisches Territorium sind."

Mehr noch: Die chinesische Regierung veröffentlichte gleichzeitig Kartenskizzen, in denen die Staatsgrenze entlang der Mittellinie der Hauptschifffahrtslinie eingezeichnet ist und aus denen hervorgeht, dass "sogar nach diesem ungleichen Chinesisch-Russischem Vertrag von Peking die Insel Dschenbao unbestreitbar chinesisches Territorium ist". Die Sowjetregierung hat zu dieser Veröffentlichung geschwiegen. Sie hat auch nicht bestritten, dass - ebenso wie es bei anderen schiffbaren Grenzflüssen seit jeher Gepflogenheit ist - die Mitte der Hauptfahrtrinne die Grenzlinie bildet. Sie hat nicht begründet, warum eigentlich die Grenze dort "direkt am chinesischen Ufer" verlaufen soll. Sie hat nicht jene "Beschreibungen" des Grenzverlaufs wiedergegeben, die angeblich vor mehr als 100 Jahren vorgenommen worden seien und ihren Standpunkt rechtfertigen sollen. Sie hat aber zugegeben, dass diese und andere Inseln im Ussuri und Amur von Chinesen wirtschaftlich genutzt werden. Die russischen Renegaten behaupten aber verlogen, ihre Behörden hätten dies "auf chinesisches Ansuchen" gestattet. Auch diesbezüglich legten sie keine Dokumente vor. Da es keine gibt, können sie es auch nicht.

Man muss zugeben, dass allein die angeführten Tatsachen die Argumentation des Kremls Lügen strafen. Es geht aber nicht um den Einzelfall Dschenbao.

Es geht, wie von beiden Seiten betont, um den Gesamtkomplex der chinesisch-sowjetischen Grenze. Und hier gewinnen die entgegengesetzten Standpunkte der beiden Seiten prinzipielle Bedeutung.

In der obenerwähnten Erklärung der russischen Regierung heisst es: "Die gegenwärtig bestehende Grenze im Fernen Osten kam vor vielen Generationen zustande und verläuft an natürlichen Hindernissen, die das Territorium der Sowjetunion von dem Chinas trennen." Dieser Satz spricht wahrhaftig Bände! Erstens wird hinter den seltsam neutralen Wörtern "kam...zustande" die unbestreitbare, allgemein bekannte geschichtliche Tatsache verborgen, dass diese Grenze das Ergebnis der zaristischen Expansionspolitik im Fernen Osten war.

"China, als eines jener wankenden asiatischen Reiche, die eines nach dem anderen dem Unternehmungsgeist der europäischen Rasse als Beute zugefallen, war so schwach, so zusammengebrochen, dass es... fast nirgends in der Lage war,... der ausländischen Aggression Widerstand zu leisten", schrieb Engels 1858 in seinem Artikel "Die Erfolge Russlands im Fernen Osten". Und er fügte bezüglich der Aggressionspolitik der russischen Zaren hinzu: "Abgesehen davon, dass es an allen offenkundigen Vorteilen... teilhat, die Frankreich und England zugestanden worden sind, hat Russland das ganze Land am Amur gesichert, dessen es sich in aller Stille bemächtigt hatte. Nicht zufrieden damit, hat es erreicht, dass eine russisch-chinesische Kommission zur Festlegung der Grenzen gebildet worden ist. Nun wir alle wissen, was solch eine Kommission in den Händen Russlands ist..." Und gemäss der Voraussage von Engels hat denn auch das zaristische Russland in der Folge von China "Stück für Stück abgeschnitten".

Zweitens ist die Behauptung von "natürlichen Hindernisse" als Grenze zwischen zwei Staaten seit eh und je eine beliebte Ausrede von Eroberern. (Man denke zum Beispiel an die "natürliche" Brennergrenze!) 170 Jahre lang (von 1689 bis 1858) konnte das ostsibirische Stanowoi-Gebirge, das die Wasserscheide zwischen Nördlichem Eismeer und Stillem Ozean bildet, gut und gern die "natürliche Grenze" zwischen beiden Reichen bilden. 1858 verschob der zaristische Gouverneur Murawjow die Grenze ein Riesenstück südlich bis an das "natürliche Hindernis" des Amur. Und kurz darauf benützte Russland die Zwangslage, in die China durch die Besetzung seiner wichtigsten Städte einschliesslich Pekings durch England und Frankreich geraten war, um auch die Seeprovinz von China abzuzwacken und den Ussuri zur "natürlichen" Grenze zu erklären. Bekanntlich hat das imperialistische Russland auch dort nicht Halt gemacht, sondern versucht, die ganze Mandschurei an sich zu reissen. Wenn ihm das nicht gelang, so nur deshalb, weil ein jüngerer und stärkerer Räuber, der japanische Imperialismus, im hier in die Quere gekommen ist.

Die Tatsache, dass die heutigen Herrscher im Kreml die von den Zaren dem alten China aufgezwungenen ungleichen Verträge als "gerecht" bezeichnen und die auf ihrer Grundlage fixierten Grenzen für sie die "natürliche" sind, genügt vollauf um zu beweisen, dass ihr Regime aufgehört hat sozialistisch zu sein, dass sie in der Tat neue Zaren sind!

Auf der anderen Seite beweist wiederum das zitierte offizielle Dokument der Sowjetregierung selbst, dass China ein wirklich sozialistischer Staat ist, dessen Aussenpolitik sich von den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus leiten lässt.

"Durch den Sieg der chinesischen Revolution und die Bildung der Volksrepublik China waren alle Voraussetzungen für den Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen, für die Gewährleistungen eines dauerhaften Friedens an den sowjetisch-chinesischen Grenzen geschaffen", heisst es in der erwähnten Erklärung der Sowjetregierung, die in der Beilage zur Zeitschrift "Sowjetunion heute" vom 16. April nachzulesen ist. Und das offizielle Moskauer Dokument weist an Hand einer Anzahl von Beispielen (die freilich, nebenbei bemerkt, lediglich die Leistungen der von Stalin geführten Sowjetregierung, nicht aber die gleichwertigen Leistungen der von Mao Tsetung geführten

Regierung Volkschinas illustrierten) nach, dass "laut dem 1950 abgeschlossenen Vertrag über Freunschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der VR China beide Seiten ihre Beziehungen ausgehend von den Prinzipien der gegenseitigen Achtung der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität gestalteten". Doch diese gutnachbarliche Zusammenarbeit, in der sich die Prizipien des sozialistischen Internationalismus verkörperten, wurde... seit den sechziger Jahren verletzt". Wodurch wohl? Dreimal darfst Du raten, lieber Leser. "... infolge der Änderungen sowohl in der Innen- als auch in der Aussenpolitik der chinesischen Regierung...".

Jedermann in Ost und West, Nord und Süd weiss, dass sich seit Mitte der fünfziger Jahre die Innen- und Aussenpolitik nicht Chinas, sondern der Sowjetunion radikal geändert hat. Die KP Chinas wurde und wird von den russischen Revisionisten und ihren Nachbetern beschuldigt, "dogmatische"am "Stalinismus", am "Personenkult" usw. festzuhalten, durch ihren konsequenten antiimperialistischen Kampf einen"atomaren Weltkrieg" heraufzubeschwören usw. usf. In der UdSSR jedoch wurde seit dem berüchtigten XX. Parteitag der KPdSU (1956) die proletarische Diktatur liquidiert. Die an die Macht gelangte Chruschtschow-Clique hat sich vom 1957 geschlossenen Vertrag über die Hilfeleistungen an China bei der Entwicklung moderner Waffen (einschliesslich der Atombomben) ein Jahr später losgesagt, hat 1960 alle Abkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zerrissen und ihre Fachleute aus China abberufen: sie hat beginnend mit den "Camp-David-Gesprächen" Chruschtschows mit Eisenhower über die Verhandlungen Chruschtschows mit Kennedy in Wien bis zum Dreierabkommen über den teilweisen Atomteststopp eine grossangelegte weltpolitische Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus gegen China, gegen die Weltrevolution der Völker in die Wege geleitet: sie hat die Aggressionspolitik der indischen Reaktionäre gegen die Volksrepublik China seit 1959 - zuerst indirekt, dann offen - unterstützt und sich mit den japanischen Militaristen, gegen die das sowjetisch-chinesische Bündnis gerichtet war, zusammengetan, um sogar auf Kosten der Lebensinteressen des Sowjetvolkes Volks-China militärisch einzukreisen;sie hat die faschistischen Schlächter des indonesischen Volkes materiell und moralisch unterstützt, zu den reaktionären Machthabern Thailands und "Malaisias" herzliche Beziehungen aufgenommen und sogar mit der bankrotten Tschiang-Kai-schek-Bande auf Taiwan Kontakt hergestellt - alles aus demselben chinafeindlichen und konterrevolutionären Beweggrund.

Es sei hier dahingestellt, warum China noch fünf Jahre lang versucht hat, die revisionistischen Führer der Sowjetunion von ihrem verhängnisvollen Weg des Verrats an der Oktoberevolution, am Sowjetvolk, am Marxismus-Leninismus, am proletarischen Internationalismus, am antiimperialistischen Freiheitskampf der unterdrückten Völker und an der proletarischen Weltrevolution abzubringen. Tatsache bleibt - um uns auf die hier zu Debatte stehende Frage der chinesisch-sowjetischen Grenze zu beschränken: Die Kommunistische Partei Chinas hat unentwegt eine sozialistische, internationalistische Politik durchgeführt. Sie war stets der Ansicht, dass die "Verträge", die China aufgezwungen wurden, "als die Macht nicht in den Händen der Völker Chinas und Russlands war" (Erklärung des chinesischen Aussenministeriums vom 10. März), ungleiche, d.h. ungerechte Verträge waren. Sie hat, als 1929 der den japanischen Imperialisten gefügige chinesische Militärmachthaber des Nordens Tschang Tso-lin Provokationen gegen die damals von der Sowjetunion verwaltete "Ostchinabahn" (in der chinesischen Mandschurei) verübte, die sowjetischen Gegenmassnahmen vorbehaltlos unterstützt. Sie hat in der ganzen Zeit, da die Sowjetunion unter Stalin der führende Staat der proletarischen Diktatur war, die Grenzfrage als unwesentlich nicht berührt.

Erst angesichts der offensichtlichen grundlegenden Wandlung der sowjetischen Politik unter der Herrschaft der Chruschtschow-Renegaten ergriff die chinesische Volksregierung im August und September 1960 die Initiative zu Verhandlungen über die Grenzfrage. Und zu diesen Verhandlungen, die 1964 begannen, stellte der Vizevorsitzende der KP Chinas, Lin Biao, in seinem Referat auf dem IX. Parteitag der KPCh fest: "Obwohl die Verträge über die

gegenwärtige chinesisch-sowjetische Grenze jene ungleichen Verträge sind, die die Zaren dem chinesischen Volk aufzwangen, wären wir (merkewohl: noch 1964!), von dem Wunsche ausgehend, die revolutionäre Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk zu wahren, dafür, diese Verträge als Grundlage zur Lösung der Grenzfrage zu nehmen. Aber die sowjetrevisionistische Renegatenclique verriet die proletarische Politik Lenins (dessen Regierung am 27 September 1920 feierlich erklärt hatte, dass sie "alle Verträge, die von den früheren Regierungen Russlands mit China geschlossen wurden, für ausser Kraft gesetzt erklärt, auf alle eroberten Gebiete chinesischen Territoriums, auf alle russischen Konzessionen in China verzichtet und China alles unentgeltlich und für immer zurückgibt, was ihm von der zaristischen Regierung und von der russischen Bourgeoisie räuberisch entrissen wurde" -D.Red.), beharrte auf dem sozialimperialistischen Standpunkt der neuen Zaren und weigerte sich diese Verträge als ungleiche Verträge anzuerkennen, sie bestand sogar darauf, dass unser Land jene Territorien Chinas, welche sie unter Verletzung dieser Verträge besetzt hatte, und zu besetzen versuchte, als zur Sowjetunion gehörig anerkennen sollte."

All diese unwiderlegbaren Tatsachen zeigen doch eindeutig, dass erstens die heutige Sowjetunion ein Land ist, das eine sozialistische Phraseologie benützt, um imperialistische Ziele zu verfolgen (und das nannte Lenin "Sozialimperialismus"), und dass Volks-China eine wahrhaft internationalistische, sozialistische Politik durchführt. Und sie zeigen, dass zwischen wahrhaft sozialistischen Ländern Kriege unmöglich sind; dass aber die Preisgabe des Sozialismus auch eine Kriegsgefahr heraufbeschwören kann.

*
*****

Olah — Söldling der Reaktion

Als Olah 1945 aus dem KZ, in dem er wegen sozialdemokratischer Betätigung sass, nach Wien zurückkehrte, wollte er zunächst der KPÖ beitreten. Sein Ansuchen wurde aber wegen seines mehr als seltsamen Verhaltens im KZ abgelehnt. Was nicht hinderte, dass diverse KP-Funktionäre ihn vor dem Zugriff der sowjetischen Besatzungsmacht schützten...

Auf der Suche nach einer Betätigung "traf" es sich nun, dass Olah zu den eben aus ihren Verstecken kriechenden Kapitalisten und ihren Protektoren, den westlichen Besatzungsmächten, allen voran den Amerikanern, "fand",die nach einen tüchtigen "Arbeiterführer" Ausschau hielten. Für ihre Zwecke war Olah der geeignete Mann. Als "KZler" war er unverdächtig, hatte Erfahrung und war vor allem durchaus willens,die Arbeiter,die unruhig wurden niederzuhalten.

Titel und Posten für Olah waren bald gefunden: Er wurde Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft. Es fanden sich genügend "Bauarbeiter" und sonstige fesche Burschen, die teilweise ihre Erfahrungen aus der SA und SS mitbrachten, und sich der "edlen Sache" des "Gewerkschaftsführers" zur Verfügung stellten. An Geld mangelte es ja nicht, denn die Arbeiter als brave Kälber bezahlten mit ihren Gewerkschaftsbeiträgen ihre eigenen Schlächter. Und die CIA half ebenfalls kräftig mit .... Mit Dollars und militärischen "Überschussgütern".

Im Oktober 1950 rebellierten die Arbeiter gegen die Ausbeuter, die ihre Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter aufbauten. Die erste Bewährungsprobe für Olah war da. Wenn er die Niederknüppelung der streikenden Arbeiter heute als "Sieg über den Kommunismus" feiert, wurde ihm das damals nicht allzu schwer gemacht. Dank der Kapitulanten in der KPÖ, die, wie sich jetzt herausstellte, schon damals das grosse Wort führten.

Nun avancierte Olah rasch. Seine Privatarmee wurde ausgebaut und war zu dieser Zeit durchaus in der Lage auch konterrevolutionäre Diversionsakte in den Nachbarländern durchzuführen. Olah selbst wurde mit dem Segen des Industriellenverbandes und der amerikanischen Botschaft Gewerkschaftspräsi-

dent und sah sich schon als so etwas wie ein "Führer" von Dollars Gnaden.

Aber die Zeit ändert sich. In Moskau hatten kapitalistisch degenerierte Manager die Macht an sich reissen können und mit deren Nachhilfe ebenso in den diversen Volksdemokratien. in den USA organsierte man nicht mehr den Krieg gegen Moskau sondern das"gemeinsame Gespräch". Kennedy trifft sich mit Chruschtschow in Wien und die KPÖ unter Führung von pensionsberechtigten Beamten schwenkte freudigen Herzens, Choräle von "Mitbestimmung" und "friedlichen Weg zum Sozialismus" singend, ins kapitalistische "Establishment" ein. (Der Lohn dazu folgte auf Fuss. Kodicek und Co, einst von Olah aus dem Gewerkschaftsbund hinausgeworfen, wurden in Gnaden wieder aufgenommen und nicht nur die FPÖ, sondern auch die KPÖ kam zu Gewerkschaftsgeld. Acht Prozent der dafür bereitgestellten Millionen fallen auf den Muhri-Verein.)

Nur der "arme" Olah verstand die Zeichen der Zeit noch immer nicht. Er strebte stur weiter nach Macht - in der SPÖ und in Östereich. Seine Kumpane schüttelten die Köpfe: "Der Mann muss rein verrückt sein", und der Psychiatrieprofessor nickte zustimmend. Er wurde also abserviert und die Gelegenheit benützte man gleich um sich auf Olah"abzuputzen". Und die frischgebackenen ehrsamen Verteidiger des kapitalistischen "Rechts"staates - die Muhris - durften dabei sogar ein bisserl mitspielen.

Olah wurde ein gar "erschräcklicher" Prozess gemacht unter dem Motto "Tue mir nichts, ich tue dir auch nichts". Dabei wurde ihm mit freundlichen Schulterklopfen bescheinigt, dass er zwar ein Betrüger sei, aber das aus uneigennützigen Gründen... Und, mein Gott, ein Jahr geht bald vorüber (wenn es überhaupt eines sein wird) und Olah hat nun den Glorienschein des Märtyrers, wie einst Hitler mit seiner Festungshaft in Landshut.

Olah führt nun seine neue Funktion aus. Er soll bei den unzufriedenen Arbeitern und der Jugend mit dem Schmäh des "verfolgten Volksführers" krebsen gehen und sie in die Irre führen. Olah ist ein Teil dieses korrupten, verfaulenden Systems der Kapitalisten. Vorderhand soll er - so wie übrigens auch die Acht - Prozent - Kostgänger der Gewerkschaft vom Muhri-Verein - "rebellieren".

Aus der Irreführung der Unzufriedenen sollaber der faschistische Weg werden. Der Weg, für den die herschende Klasse sich immer bereit hält, um sich die Macht zu erhalten. Olah ist einer aus der faschistischen Reserve der Bourgeoisie, das ist unbedingt notwendig zu erkennen.

"Welche Versuche auch immer die Reaktionäre unternehmen mögen, das Rad der Geschichte auzuhalten, es wird dennoch früher oder später die Revolution ausbrechen, die dann unvermeidlich den Sieg davontragen wird", sagt Mao Tsetung. Aber das ganze Kapitalistenpack sieht die Zeichen der Zeit aber nicht: Die rebellierende Jugend, die rebellierende Volsmassen werden alle, die grossen und kleinen "Führer", die Grossen und die kleinen Diener, ob Klaus, Krevsky, Olah usw. davonjagen. Die Ideen Mao Tsetungs werden ihnen den Weg dazu weisen.

* * *

Nichts kommt Olah und seinen Hintermännern gelegener als der "Hinausschmiss" aus dem Wiener Rathaus. So wird das "Smage" dieses Landknechtes der Reaktion gerade in der Hinsicht aufpoliert, in der es gebraucht wird. Wenn Olah mit jenen in Konflikt kommt, die nun schon einen grossen Teil der österreichischen Bevölkerung bis zum Hals heraussteh en, so wird er ja direkt offeriert als der Mann, der "aufräumen" könnte, was von vielen immer dringender verlangt wird.

Das gerade Olah dieser Mann ist, haben wir an der Hand des vorstehenden Artikels nachgewiesen. Die Olah-Affäre der SPÖ im Rathaus - aber auch die Krainer Angelegenheit der ÖVP - zeigt eines. Die Herren an der Macht - egal in welcher Partei und welcher Teil der Bourgeoisie - werden nervös. Ihre Handlungen zeigen die grosse Angst, die sie vor einer sich besinnenden Arbeiterklasse haben.

BANKROTT

Unsere Schulen bilden einen wesentlichen und notwendigen Bestandteil der kapitalistischen Produktion, deren Funktion darin besteht, die Jugend entsprechend den politischen und ökonomischen Bedürfnissen des Kapitals zu programmieren. Diesogenannten Bildungsstätten sind nichts anderes als Erziehungsfabriken zur Herstellung willfähriger Untertanen und nützlicher "Fachidioten". Daß dieses Erziehungsziel den Jugendlichen nicht begeistern kann und ihm daher aufgezwungen werden muß, bedarf keinen Beweises. "Wer sich nicht biegt, der wird gebrochen", lautet die oberste Erziehungsmaxime, die mit Hilfe der verschiedensten Repressionsmittel - von den unüberprüfbaren Noten bis zum Hinauswurf - in die Tat umgesetzt wird. Denn, so belehren uns die "Finanznachrichten" vom 14. Juni 1968, "der Gesellschaft (gemeint ist die Bourgeoisie, d.Red.) ist mit der Arbeitskraft eines Halbakademikers mehr gedient als mit den Hirngespinsten von akademischen Revoluzzern."

Typisch ist hiebei das Vertuschen der Klassengegensätze. "Nichts habe ich jemals gemeinsam mit der Sache des Klassenfeinds", sagt Brecht. Kann die Arbeiterklasse Interesse daran haben, daß die geistigen Fähigkeiten im Interesse der Bourgeoisie zur 'wissenschaftlichen' Ausbeutung und Unterdrückung vergeudet werden? Nein! Die gesellschaftlichen Interessen von Arbeiterklasse und Bourgeoisie sind vollkommen entgegengesetzt. Diese will das Joch der Lohnsklaverei beseitigen, jene es mit allen Mitteln festigen. Damit ist der Rahmen für die revolutionäre Tätigkeit an den Ausbildungsstätten des Kapitals bestimmt: Sie müssen aus Waffenschmieden der herrschenden Klasse in die der Arbeiterklasse verwandelt werden. Die Bourgeoisie muß mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden! Nicht mehr und nicht weniger!

> Ein Wachtmeister des österreichischen Bundesheeres unterrichtete seine Leute über die schlimmen Eigenschaften des Kommunismus und schrieb eine Liste der wichtigsten Nachteile eines Lebens unter totalitärer Herrschaft an die Tafel:
>
> 1. Kein Recht, die Oberen zu kritisieren.
> 2. Kein Recht, sich seine Führer zu wählen.
> 3. Kein Recht, ungehindert zu verreisen.
> 4. Kein Recht zu freier Wahl des Arbeitsplatzes.
> 5. Kein Recht, zu streiken.
>
> Nach seiner Aufforderung, Fragen zu stellen, erhob sich ein schlaksiger Jungmann und meinte: „Ich weiß nicht, was es sein könnte, aber irgend etwas müssen Sie ausgelassen haben. So, wie es jetzt dasteht, klingt es, als hätten Sie das Bundesheer gemeint."

Allgemein ist eine Steigerung der Bedeutung der Wissenschaft innerhalb des Produktionsprozesses, ein steigender Bedarf an wissenschaftlich geschulten Kräften und eine rasante Vermehrung des Umfangs der wissenschaftlichen Erkenntniss zu beobachten. In Österreich wie in den meisten kapitalistischen Ländern herrscht jedoch ein Schulsystem, das nach Aufbau und Inhalt dem vorigen Jahrhundert verhaftet ist. Nicht die Vermittlung von anwendbaren Fertigkeiten, sondern die eines bestimmten Bewußtseins, nämlich nach oben kuschen und nach unten treten, steht im Vordergrund. Dieses Schulkonzept und der ihm zugrunde liegende materielle Apparat geraten in immer stärkeren Widerspruch zu den eben gezeigten Tendenzen.

Auch das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung stellt in seinem Jännerbericht klipp und klar fest: "Die Überlagerung der beiden Momente - zunehmende Übertrittsquoten und steigende Geburtenjahrgänge-wird das Mittelschulsystem bis Mitte der siebziger Jahre unter einen außergewöhnlich starken Druck stellen." Nach der veröffentlichten Statistik stehen der Gesamtzahl von 142.616 Schülern an allgemein- und berufsbildenden höheren Schulen des laufenden Schuljahres. 276.130 Schüler im Schuljahr 1979/80 gegenüber, also eine Steigerung um fast 100% in elf Jahren, der weder das Schulbauprogramm noch das Ausbildungsprogramm der Regierung nur annähernd gewachsen ist. Das Schulsystem steht in einem gesellschaftlich entscheidenden Teil vor seinen Bankrott.

Marx hat im "Kapital" festgestellt, daß "der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andren Ware, bestimmt ist durch die zur Produktion, also auch

Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit." Die Kosten der Schule sind ein Teil der Produktionskosten der Arbeitskraft, die zu einem großen Teil vom Staat getragen werden. Der Staat und damit die Staatskasse ist praktisch Eigentum der Bourgeoisie. Jeder Groschen, der 'unnütz' für die Ausbildung investiert wird, erscheint dem Bourgeois als Diebstahl an seinem Profit. Die 'Finanznachrichten' vom 20. September 1968 formulieren es direkt, wenn sie das neunte Schuljahr in seiner jetzigen Form als polytechnisches Jahr, als einen 'Diebstahl an unserem Arbeitskräftepotential' bezeichnen. Der Profithunger tritt als Bildungshaß auf, appelliert an die Vorurteile der Kleinbürger und das Volksbegehren gegen das 13. Schuljahr ist geboren! Während für Steuergeschenke an das Großkapital, für das Bundesheer und überhaupt für den gesamten repressiven Staatsapparat die Budgetmittel reichlich fließen, geht das Unterrichtsressort meist leer aus.

Immer mehr treten die 'Schulreformer" vor die Öffentlichkeit, klagen das Schulsystem an und propagieren 'Reformen'. Über diese 'Reformer' darf es keine Illusionen geben. Ihre "Reformen' bestehen im wesentlichen darin, das antiquierte Schulsystem durch ein modernes zu ersetzen, ohne daß die Fixierung auf das Klasseninteresse der Bourgeoisie im geringsten geändert würde. So wenig sich am Wesen der Ausbeutung ändert, wenn ein Unternehmer veraltete Maschinen durch Computer ersetzt, so wenig ändern diese "Reformen" am Klassencharakter der Schule. Alle scheindemokratischen Phrasen können nicht verleugnen, daß sie eine noch enger begrenzte 'Eliteschule" bezwecken. Sie erstreben eine Teilung zwischen den massenhaften "praxisnahen Schnellstudium und der "kleinen Matura' für die Beamtenlaufbahn und dem elitären Wissenschaftsstudium einer kleinen Minderheit. Die Sorgen, daß die Schule den Bedürfnissen des Kapitals gerecht wird, überlassen wir den Reformisten und Revisionisten, die ja alles unternehmen um ihrer Rolle und Aufgabe im Dienste der Bourgeoisie gerecht zu werden. Unsere Aufgabe besteht darin, die vorhandenen Widersprüche und Mißstände zur Revolutionierung ihrer Opfer auszunützen.

Betroffen sind Eltern, Lehrer und Schüler wenn auch in verschiedener Weise. Letzten Endes wird aller Druck auf den Schüler konzentriert. Dieser steht vor der fast unlösbaren Aufgabe bei katastrophalen Bedingungen der Wissensvermittlung, ein Mehr an Wissen rascher zu bewältigen. Ein Teil der "Überzähligen" wird von vornherein abgewiesen, der Rest hinausgeprüft. Das Erreichen des Schulzieles verliert jeden rationalen Zusammenhang mit der Leistung - der Zufall, konkret das Geburtsdatum entscheidet. Je bankrotter die Schulbürokratie, desto härter ihre Unterdrückungsmaßnahmen. Die Schule stellt sich als bankrotter Bestandteil eines bankrotten Gesellschaftssystems der heranwachsenden Jugend vor.

Die Situation ist also ausgezeichnet, um den Klassenkampf in die Schulen zu tragen und die Bourgeoisie zu hindern, die Jugend in ihrem Sinn zu steuern. Schon in der Schule muß das Bewußtsein entstehen: Eine Gesellschaft, die solche Schulen produziert, muß bis zu ihrem Untergang bekämpft werden.

Wir Marxisten-Leninisten müssen alle Kräfte anstrengen, damit die einzelnen Funken der Rebellion zu einer mächtigen Flamme werden, damit dieser Kampf unter dem Banner des Marxismus-Leninismus, unter der Führung der Arbeiterklasse steht.
Vergessen wir nie Liebknechts Worte: "Wer die Jugend hat der hat die Armee".

+‡‡+

Wir fordern alle interessierten Leser und Freunde unserer Zeitschrift auf, mit uns diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Unsere Postanschrift: 1205 Wien, Fach 3. 'Offene Türen" in unserem Lokal: Jeden Freitag ab 18.30 Uhr. Diese Anschrift: Wien 8., Schönborngasse 6 .

Subventionierte Zinsgeier

Mit dem Essen kommt der Appetit. Die sogenannte 'Große Wohnungsreform" hat den der Zinsgeier bei weitem nicht befriedigt, sondern zu astronomischen Größen ermuntert. Zahllose junge Arbeiter und Angestellte suchen verzweifelt nach einer Wohnung, andere müssen bereits jahrelang in Löchern hausen.
Die Sorge und Not der vielen Wohnungssuchenden berührt weder die Regierung noch sonst wen. Im Gegenteil. Alles für die Hausbesitzer: Das neueste Meisterstück von Bautenminister Kotzina besteht im wesentlichen darin, daß von den zum Zwecke der 'Verbesserung' von Althäusern - das sind alle für die eine behördliche Baubewilligung vor dem 27. Jänner 1917 erteilt wurde - aufgenommenen Krediten, der Staat und das jeweilige Bundesland, im Verhältnis 2:1 (40,%!) der Tilgungsraten, zahlen soll.
Die Mittel des Bundes stammen je zur Hälfte aus Budgetmittel, somit aus laufenden Steuergeldern, und aus Rückflüßen aus der Tilgung bereits gewährter Förderungsmittel. Die letzteren werden daher dem Wohnungsneubau entzogen, da sie nach den Bestimmungen des Wohnungsförderungsgesetzes 1968 den Ländern zur Förderung des Wohnungsneubaus zufließen sollten. Geschenke an Hauskapitalisten verringern also die ohnehin geringen Mittel für den Wohnungsneubau.

Steuergelder erhöhen also den Vermögenswert und die daraus fließenden Einnahmen (erhöhte Mieten und Ablösen) der Hausbesitzer. In ihrem Klassencharakter gleicht diese 'Reform" den unzähligen anderen "Reformen" der Regierung, die eine weitere Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Bourgeoisie anstrebt.
Stellen wir die Förderung der Zinsgeier jener der Wohnungssuchenden gegenüber. Auf der einen Seite Geschenke gewaltigen Ausmaßes, auf der anderen maßlose Belastungen durch Kreditrückzahlungen und erhöhte Mieten.
Selbst die bürgerliche Lügenstatistik beweist dies anschaulich. Während danach der Verbraucherpreisgesamtindex 1968 um 3.1 % stieg, erhöhte sich der Teilindex Wohnung um 7.2 %, also um mehr als das Doppelte!

„Das Zimmer gefällt mir", sagt der unterkunftsuchende Student. „Ich werde es nehmen. Vor allem auch deshalb, weil ich sehe, daß Sie eine gebildete Dame sind."

„Natürlich bin ich das", erklärt die Vermieterin. *„Jedenfalls, solange ich meine Miete pünktlich bekomme."*

•

Der Besitzer eines Cottage-Hauses kommt zufällig an der Tür eines Mieters vorbei und beschwört den Bewohner, doch herauszutreten und sich den herrlichen Regenbogen anzusehen.

Durch die geschlossene Wohnungstür fragt der neue Mieter mißtrauisch: *„Wieviel verlangen Sie dafür?"*

"Die Wohnung ist kein Geschenk' ereifern sich die bürgerlichen Propagandisten - dieselben, die im gleichen Augenblick Steuergeschenke an das Kapital als heilige Pflicht des Staates preisen. Sie gestehen damit unfreiwillig, daß der Staat nichts anderes als ein Mittel der Bourgeoisie zu ihrer Bereicherung und zur Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes ist. Die Mietenfrage zeigt illustrativ das Schicksal aller den Kapitalisten abgetrotzden Zugeständnisse. Erreicht werden sie in Zeiten, in denen die Kapitalisten so schwach sind, daß sie hinweggefegt werden könnten. Das haben bisher die Verräter innerhalb der Arbeiterklasse verhindert, weil sie stets das Volk täuschen konnten. Zugunsten von Reformen wurde auf die Eroberung der politischen Macht verzichtet. Sobald aber die Bourgeoisie Morgenluft gewittert hat, ist die Reformträumerei vorbei und das Erwachen sehr bitter. Friß Vogel, oder stirb, lautet dann ihre Devise. Wir meinen aber Schlucken und Sterben sind zwei Seiten derselben Medaille, Kampf hingegen die Alternative!



Nachstehend bringen wir die Grundgedanken eines Referats, das als Einleitung zu einer Diskussion auf der Klagenfurter Fachschule gehalten wurde. Der Genosse hat sie uns zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Sie bringen unserer Meinung nach gut die Stimmung innerhalb der revolutionären Jugend zum Ausdruck.

UNRUHE IN DER JUGEND - WARUM ?

Die Jugend ist die aktivste und lebendigste Kraft einer Gesellschaft. Sie ist am meisten begierig zu lernen und am wenigsten konservativ im Denken. Diese Eigenschaften gepaart mit der naturbedingten Aggresivität führen zum in Frage stellen der bestehenden autoritären Strukturen, die überall in unserer Gesellschaft und in den Institutionen unserer Gesellschaft anzutreffen sind.

SCHULE:

Vom "hohen Podium" aus lehrt der Lehrer seinem "tief unten" sitzenden Schüler einen Stoff der von den Herrschenden als gut befunden wurde, lehrt was die zukünftigen "Untertanen" wissen dürfen. Der grösste Teil der Jugend kann ohnehin nur die Volks- und Hauptschule besuchen, gerade genug um dann als Erwachsene das Kirchenblatt, die Steuervorschreibung, die Wahlplakate und die Reklameslogans lesen zu können. Kommt dann der junge Mensch in eine Fachschule oder auf die Universität, so wird er in einem Spezialgebiet zu einem Fachidioten herangebildet, und das so rasch als möglich, um dann den Herrschenden als Lohnsklave zur Verfügung zu stehen. Die Schule in unserer sogenannten Demokratie dient nicht der Erziehung zum kritischen Denken und zum Erfassen des Kerns der Sache, sondern einzig und allein zum Weitergeben den Herrschenden genehmer vorgefasster Lehrmeinungen. Nachdem es aber nicht möglich ist, innerhalb eines autoritären Systems, wie es das unsere ist, einen Teilbereich zu demokratisieren, ist es unabdingbar das ganze System in Frage zu stellen und als weitere Folge zu beseitigen.

LEHRPLATZ:

Auch hier will der progressive Teil der Jugend nicht mehr kritiklos Berufskenntnisse vom Lehrherrn aufnehmen, weil sie mangelhaft sein können, oder weil der Chef die technische Entwicklung überhaupt verschlafen hat. Die jungen Menschen wollen mitreden, mitbestimmen dürfen in grundlegenden Angelegenheiten des Betriebes (nur in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich). Es kommt aber auch vor, dass junge Menschen den Drang nicht haben mitbestimmen zu wollen, dann war es eben schon diese autoritäre Erziehung, die ihn zu einem kritiklosen Nachplapperer gemacht hat.

POLITISCHE PARTEIEN DES BÜRGERLICHEN PARLAMENTS:

Das sind diejenigen Institutionen, die vorgeben, den Bestand der "Demokratie" (alias Kapitaldiktatur) zu garantieren. Wie können doch diese hierarchischen Parteiapparate, die nur so strotzen von Mini- und Maxiautoritäten, Demokratie von sich abgeben. Die Parteimassen haben das als richtig zu akzeptieren, was von "denen oben" als richtig erachtet wurde. Vermittels den Massenmedien will man allerdings dem Parteistimmvieh einreden, dass dies Demokratie sei. Dieser Betrug und diese Lüge wird der herrschenden Clique natürlich nur von politisch unmündigen und desinteressierten Individuen abgenommen, nicht aber von progressiven Menschen, die von der reaktionären Presse als "Ruhestörer", verlauste Dreckfinke" ecc. bezeichnet werden.

Die revolutionäre Jugend hat die wahren Machtverhältnisse im Kapitalismus durchschaut, deshalb demonstriert sie. Will man aber an Stelle dieser autoritären Strukturen demokratische Verhältnisse setzen, so muss man das kapitalistische, brutale, unmenschliche, profitorientierte System beseitigen und anstatt dessen die sozialistische Wirtschaftsordnung errichten, in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr gibt, weil es kein Privateigentum an Produktionsmittel mehr gibt. Dieser progressive Teil der Jugend weiss aber auch, dass es zu verhindern gilt, dass der Sozialismus entartet in eine bürokratische Parteidiktatur, wie es in den revisionistischen Ländern UdSSR, Polen, Ungarn, Bulgarien, ecc. geschehen ist. Die Mittel das zu verhindern hat die Jugend in der Hand: die IDEEN MAO-TSETUNGS. Für dieses Ziel ist es wert zu kämpfen, und zwar mit allen Mitteln des friedlichen Kampfes, und wenn dann die herrschende Minderheit diesem Kampf Gewalt entgegensetzt, dann wird es notwendig sein, dieser Gewalt der administrativen, ministeriellen und Militärbürokratie, die Gewalt der beherrschten Massen entgegenzusetzen.

Aufruf an die politisch noch nicht engagierte Jgend:
BEGINNT, NICHT FÜR DIE ANDEREN, SONDERN MIT DEN ANDEREN,
FÜR EUCH SELBST, HIER UND JETZT MIT DER REVOLUTION !!!!!

H.R. Kärnten

* * *

"SCHMIEREREIEN" AUF HOCHSCHULWÄNDEN.

"Die Presse" vom 17.V. ärgert sich: Das Abwaschen von Universitätswänden hat schon mehr als 100.000.-- Schillinge gekostet und immer wieder werden sie von "Narrenhänden" mit Aufschriften "verschmiert".

Wir glauben nicht, dass die "Presse" so ahnungslos ist, wie sie tut. Diese "Schmierereien" wie sinnvoll sie im Einzelnen sein mögen oder nicht, sind in ihrer Gesamtheit der Ausdruck der Unruhe und des Geistes der Revolte immer breiterer Schichten der Studenten. Einer Revolte, die sich gegen die Herrschaft des korrupten und verfaulenden Kapitalismus richtet, dessen intellektuelle Diener sie "dereinst" sein sollen.

Diese "Schmierereien" sind - und das weiss die "Presse" genauso gut wie wir - der ferne Widerhall der Protest- und Kampfinschriften in grossen, roten Buchstaben, mit denen die Roten Garden zu Beginn der Grossen proletarischen Kulturrevolution die Wände der Schulen bedeckten. Mit ihnen wurde der Kampf gegen die reaktionären Cliquen eingeleitet, die China auf den Weg zum Kapitalismus zurückzerren wollten.

Wir glauben daher, dass sich der Schreiber dieser Glosse nur so ahnungslos stellt und mit seinen "Gsatzerl" seinen Durchschnittsleser - also dem satten Bourgeois - eine Beruhigungspille verabreichen will. Vielleicht sogar sich selber auch, nach der alten österreichischen Beschwichtigungsformel "Es wird schon nicht so arg sein...."

Wir glauben ferner, dass ihm und seinen Chefs schön langsam aufdämmert, dass diese Inschriften auf den Wänden der Universität, der aus der Bibel bekannten Schrift in flammenden Buchstaben auf der Wand von Babylon, dem "Menetekel", gleichkommen, die den nahenden Untergang des Reiches ankündigt; einem "Menetekel" also, das unübersehbar, den Untergang des Kapitalismus ankündigt.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Material über den IX. Parteitag der KP Chinas aus der "Peking Rundschau" kann durch uns bezogen werden. Wir sind auch in der Lage Werke der marxistisch-leninistischen Klassiker, die im Buchhandel kaum mehr erhältlich sind aber vom Verlag für fremdsprachige Literatur in Peking neu aufgelegt wurden, zu besorgen.

Ebenfalls bereits erschienen und erhältlich ist Band III der Ausgewählten Werke Mao Tsetungs.

Bestellungen an unsere Adresse richten.